



# LSBTI-MENSCHENRECHTE: Vielfalt weltweit schützen

Foto: Shutterstock

MENSCHENRECHTE SIND UNIVERSELL UND UNTEILBAR. SIE SIND UNVERÄUSSERLICH UND BEDINGEN EINANDER. SEXUELLE ORIENTIERUNG UND GENDER-IDENTITÄT SIND BESTANDTEILE DER WÜRDE DES MENSCHEN. SIE DÜRFEN NICHT GRUND FÜR DISKRIMINIERUNG SEIN.

Alle Staaten sind verpflichtet, Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen (LSBTI) zu respektieren, zu schützen und zu gewährleisten.

Trotzdem werden in über siebenzig Staaten LSBTI dafür kriminalisiert, wer sie sind und wen sie lieben. In einigen Staaten steht darauf sogar die Todesstrafe. Fast die Hälfte der Menschheit lebt somit in Ländern, in denen LSBTI staatlich diskriminiert und zum Teil brutal verfolgt werden. Ihnen drohen Steinigung, Galgen, Peitschenhiebe,

Kerker oder menschenrechtswidrige Untersuchungen. Vielerorts bestimmen Diskriminierung, Entrechtung und Unterdrückung ihren Alltag. Täter\*innen gehen straflos aus.

Diese erschreckende Bilanz verpflichtet die Bundesregierung, Europa und die internationale Gemeinschaft, sich intensiver für den Schutz der Menschenrechte von LSBTI zu engagieren. Wenn Regierungen, autoritäre Herrscher und Regime LSBTI drangsaliieren, müssen klare Grenzen gesetzt und spürbare Konsequenzen gezogen werden.



Demonstration in St. Petersburg.  
Foto: REUTERS

KEIN MENSCH DARF DAFÜR BESTRAFT WERDEN, WER ER\*SIE IST UND WEN ER\*SIE LIEBT! WIR GRÜNE IM BUNDESTAG SETZEN UNS FÜR DEN SCHUTZ DER MENSCHRECHTE VON LSBTI WELTWEIT EIN.

## NOCH FRAGEN?

19/57

### ZUM WEITERLESEN:

- — Menschenrechte verteidigen (Flyer 19/13)
- — [gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) » Themen » Menschenrechte

### BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

- 19/11177 Internationale Lage der Menschenrechte von LSBTI (Entschließungsantrag)
- 19/10224 Vielfalt leben – Bundesweiten Aktionsplan für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt auflegen (Antrag)
- 19/9077 Internationale Lage der Menschenrechte von LSBTI (Antwort Große Anfrage)

Bündnis 90/Die Grünen  
Bundestagsfraktion

Kai Gehring MdB  
Mitglied im Ausschuss für  
Menschenrechte & humanitäre Hilfe

Ulle Schauws MdB und  
Sven Lehmann MdB  
Sprecher\*innen für Queerpolitik

TEL 030 227 56789  
FAX 030 227 56552  
[info@gruene-bundestag.de](mailto:info@gruene-bundestag.de)

*Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.*

# GRÜNE FORDERUNGEN:

## Menschenrechte von LSBTTI weltweit schützen

### 1. MENSCHENRECHTE FÜR ALLE

Wir Grüne im Bundestag fordern die Einhaltung der Menschenrechte für alle! Mit den „Yogyakarta-Prinzipien“ entwickelten international anerkannte Menschenrechtler\*innen bereits 2007 im indonesischen Yogyakarta Richtlinien, um LSBTTI zu schützen. Sie haben die 30 Artikel der Menschenrechtserklärung auf die Situation von LSBTTI angewendet und konkrete Handlungsempfehlungen an die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen formuliert.

Dennoch werden die Menschenrechte von LSBTTI weiterhin weltweit systematisch verletzt. Deutschland muss daher seinen internationalen Einsatz für die Menschenrechte der LSBTTI verstärken. Homosexualität ist immer wieder Grund für Diskriminierung und Verfolgung bis hin zu Todesurteilen. Die Todesstrafe ist eine grausame Verletzung elementarer Menschenrechte. Deshalb fordern wir, sie unabhängig vom Straftatbestand weltweit abzuschaffen.

### 2. LSBTTI-MENSCHENRECHTS-VERTEIDIGER\*INNEN WELTWEIT SCHÜTZEN

Menschenrechts- und LSBTTI-Aktivist\*innen werden in vielen Ländern für ihre Arbeit drangsaliert und strafrechtlich verfolgt. Auch in den angeblich „sicheren Herkunftsstaaten“ drohen bei Homosexualität mehrjährige Haftstrafen.

Wir fordern, in Fällen akuter Bedrohung von Aktivist\*innen humanitäre Visa zu vergeben oder Aufenthaltstitel aus humanitären Gründen zu ermöglichen. Länder, die Homosexuelle strafrechtlich verfolgen und verurteilen, sind keine sicheren Herkunftsstaaten!

### 3. INTERNATIONAL DRUCK MACHEN

Wir wollen, dass Deutschland gemeinsam mit der Europäischen Union, sein politisches Gewicht stärker für den weltweiten Menschenrechtsschutz von LSBTTI einsetzt.

Die Bundesregierung muss Menschenrechtsdialoge mit Staaten, die Rechte von LSBTTI verletzen, intensiver als Instrument der Außenpolitik nutzen. Dabei muss ein Fokus auf der Entkriminalisierung von LSBTTI, der Gewährleistung der Meinungsfreiheit und des Demonstrationsrechts liegen. Halten Menschenrechtsverletzungen an, muss die Bundesregierung auch gezielte Sanktionen erwägen. Selbstverständlich dürfen wir auch nicht wegsehen, wenn innerhalb der EU

gegen die Rechte von LSBTTI verstoßen wird. Erklären sich Kommunen in Polen zu „LSBTTI-Freien-Zonen“, dann müssen Konsequenzen folgen – seitens der EU-Kommission und für Städtepartnerschaften. In der Entwicklungszusammenarbeit muss die Aufklärung über die Gleichberechtigung und Vielfalt der Geschlechter eine wichtigere Rolle spielen.

### 4. HILFE VOR ORT AUSBAUEN

Die deutschen Botschaften sollten diskriminierte und kriminalisierte LSBTTI stärker unterstützen. Dazu fordern wir, die Personalausstattung mit Menschenrechtsreferent\*innen sowie die Ausbildung des diplomatischen Personals entsprechend zu verbessern. So können die Rechte von LSBTTI besser geschützt werden.

### 5. GEGEN AUSGRENZUNG UND HASS

In vielen Staaten ist Homo- oder auch Transsexualität nicht explizit strafbar. Jedoch existiert in zahlreichen Ländern ein Klima der Ausgrenzung. Gesetze gegen sogenannte Homo-Propaganda sollen Aufklärungsarbeit verhindern und die Zivilgesellschaft einschüchtern. Zusätzlich hetzen oft auch nicht-staatliche Akteure, etwa fundamentalistische Religionsgemeinschaften. In verschiedenen Ländern gab und gibt es Mordserien, zum Beispiel an Trans\*Aktivist\*innen. Ausgrenzung und Hass verunsichern besonders Jugendliche, die dadurch massive Probleme haben, ihre Identität frei zu entwickeln und anzunehmen. Die Bundesregierung steht in der Verantwortung, offensiver auf die Abschaffung solcher Gesetze zu drängen und die Menschenrechte von LSBTTI einzufordern.

Im Dialog mit anderen Weltregionen sollte das Augenmerk auch auf die (deutsche) Kolonialgeschichte gelenkt werden. Die gemeinsame Aufarbeitung der kolonialen Indoktrinierung gegen LSBTTI in dieser Epoche könnte eine wichtige Rolle für eine bessere Zukunft spielen.

### 6. MEHR TRANSPARENZ SCHAFFEN

Wir fordern einen regelmäßigen Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Menschenrechtslage von LSBTTI. So lassen sich die Datengrundlage verbessern und fundierte Handlungsempfehlungen zum Schutz von Verfolgten und zur Stärkung der Zivilgesellschaften treffen.

